

# Das genaue Gegenteil von dem, was es vorgibt zu sein

## Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten

*Von Andrea Andromidas und Gerd Marks*

**M**an fragt sich mittlerweile nicht nur hier, sondern auch im benachbarten und selbst im fernerem Ausland: Wieso werden in den Vorständen von Großunternehmen in Deutschland ständig Entscheidungen gefällt, die der eigenen Wirtschaft schaden? Vor Jahren war das die Kernindustrie, nun ist es neben dem Kohle- und Stahlsektor vor allem die Autobranche, die gründlich am eigenen Ast sägt und einen vielverzweigten Mittelstand in den Ruin zwingt.

Besonders auffällig ist, daß diese systematische wirtschaftliche Selbstzerstörung mit einer moralischen Maskerade inszeniert wird, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Nirgends läßt sich diese Scheinheiligkeit besser demonstrieren als an dem am 25. Juni 2021 vom Bundestag verabschiedeten „Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz“. Im folgenden wird gezeigt werden, daß nicht nur die Betonung eines moralischen Zwecks ganz ungerechtfertigt ist, sondern daß dieses Gesetz leider die Fortführung, ja sogar die Steigerung des unseligen „Washington Consensus“ ist, der über Jahrzehnte dafür sorgte, daß die Industrialisierung der Entwicklungsländer verhindert wurde.

Dr. Gerd Müller, scheidender Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zukünftiger Chef der UN-Organisation für Industrielle Entwicklung, der sich nach eigener Bekundung jahrelang dafür engagiert hat, sagt auf seiner Homepage dazu folgendes:

„Viele unserer täglichen Produkte kommen aus Entwicklungsländern: Kaffee, Kakao oder Baumwolle. Unsere Handys und Computer funktionieren nur mit Kobalt aus Afrika. Aber am Anfang der Lieferketten herrschen immer noch unglaubliche Bedingungen: Zwangsarbeitsverhältnisse und Hungerlöhne sind vielerorts allgegenwärtig. Wir müssen dazu beitragen, diese Mißstände endlich zu überwinden. Am Anfang globaler Lieferketten müssen ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden, die in Europa schon lange selbstverständlich sind.“

Nach der Verabschiedung des Gesetzes sei ihm ein großer Stein vom Herzen gefallen, denn „dieses Gesetz wird Millionen von Kindern und Familien in Entwicklungsländern ein Stück bessere Lebenschancen und Zukunftsperspektiven geben. Die EU sollte die deutsche Regelung jetzt zur Grundlage eines Vorschlags zur Einhaltung der Menschenrechte in allen europäischen Lieferketten machen.“

Selbiger Gerd Müller sagte fast genau ein Jahr zuvor - am 27.5.2020 - bei einer Befragung im Bundestag zu eben diesem in Planung befindlichen Lieferkettengesetz folgendes:

„Wollten alle so leben, wirtschaften und konsumieren wie wir, dann bräuchten wir drei Erden, und jedem ist klar, daß es die drei Erden nicht gibt, und deshalb muß die Devise heißen: umdenken. Auch nach der Krise nicht zurück zu einer Normalisierung der Globalisierung, wie wir sie vorher gehabt haben, mit immer weiter, immer mehr und immer schneller. Wir brauchen eine globale Energiewende, und dazu muß auch Brüssel seinen Beitrag leisten.“

Wenn jeder afrikanische Haushalt und jeder indische Haushalt Zugang zu Strom auf der Basis von Kohle bekommt, und das ist im Augenblick die Planung, so bedeutet das zusätzlich tausend Kohlekraftwerke. Und deshalb schlage ich einen Europäisch-Afrikanischen New Deal, Klima und Energiepolitik vor. Wir brauchen eine weltweite Energiewende.“

Jeder, der noch klar denken kann, wird den eklatanten Widerspruch zwischen moralischem Getöse und realem Unvermögen sofort wahrnehmen. Wie soll denn die Lage in den Entwicklungsländern endlich verbessert werden, wenn wir gerade im Begriff sind, mit dem EU-Green-Deal den Mindeststandard einer gesicherten Stromversorgung in Europa in den Wind zu schreiben, und gleichzeitig ankündigen, daß wir Entwicklungsländern den Nutzen von Elektrizität aus fossilen Quellen gleich ganz verweigern werden? Wenn das deutsche Ministerium für Katastrophenschutz aus diesen Gründen für den Herbst die Herausgabe eines Kochbuches mit dem Titel „Kochen ohne Strom“ für deutsche Haushalte vorbereitet - was bedeutet das denn bitte für Haushalte in Afrika oder Indien?

Und diese Pläne sind bereits im Gange. Die *FAZ* vom 4. August 2021 berichtet unter der Überschrift „Banken

wollen Kohlekraftwerken in Asien den Stecker ziehen“ über die Pläne der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB). Die ADB, deren größte Anteilseigner Amerikaner und Japaner sind, wird in dem Artikel mit einer klaren Aussage zitiert: „Die ADB wird keine Kohleförderung oder die Suche nach Öl und Gas und deren Förderung finanzieren. ADB wird keine Kohlekraftwerke finanzieren. ADB wird sich nicht an Investitionen für die Modernisierung von Kohlekraftwerken beteiligen, die ihre Lebensspanne verlängern, außer wenn diese Kraftwerke auf saubere Brennstoffe wie Gas oder erneuerbare Energien umgestellt werden.“

Was geht hier vor? Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Wer sind die Klimagötzen des Green Deals, die den Ton in den Vorständen der international organisierten Konzerne angeben, und was haben sie sich mit dem sogenannten Lieferkettengesetz ausgedacht?

## **Moralische Verantwortung für die Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards??**

Die anzustrebenden „Mindeststandards“, von denen Gerd Müller redet, wurden zweifellos in Europas Geschichte durch industriellen Fortschritt erreicht, galten deshalb als Vorbild und wünschenswert für den Rest der Welt. Aber, wie der Minister in obiger Befragung sagte, sei dieses Modell für Entwicklungsländer nun gar nicht mehr denkbar, weil dem Planeten das nicht mehr zuzumuten sei. Grüne Ideologen wollen nun statt dessen ein „Moraletikett“ in Form eines Gesetzes einführen, das in seiner Konsequenz diese Entwicklung ausdrücklich behindern wird und etwas ganz anderes bezweckt. Das Gesetz, das am 25. Juni 2021 im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, gilt für alle größeren Unternehmen mit Sitz in Deutschland:

\* ab 2023 für Unternehmen mit mehr als 3000 Mitarbeitern in Deutschland (dies sind rund 600),

\* ab 2024 für Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern in Deutschland (das sind rund 2900 Unternehmen).

Das Gesetz erfaßt auch ausländische Unternehmen, sofern diese die genannte Anzahl von Mitarbeitern auf deutschem Boden beschäftigen. Da aber auch kleinere Unternehmen als Bestandteil einer Lieferkette von den Verpflichtungen ihrer Großkunden betroffen sein werden, sollten auch kleinere Unternehmen sich auf diese Regelungen bereits einstellen.

Das Gesetz umfaßt folgende Bereiche:

- \* Unversehrtheit von Leben und Gesundheit,
- \* Freiheit von Sklaverei und Zwangsarbeit,
- \* Schutz von Kindern und Freiheit von Kinderarbeit,
- \* Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen,
- \* Schutz vor Folter,
- \* Verbot der Mißachtung des national geltenden Arbeitsschutzes,
- \* Einhaltung der Mindestlohnregelung,
- \* Verbot der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Beschäftigten,
- \* Verbot des widerrechtlichen Entzugs von Land, Wäldern und Gewässern,
- \* Umweltbezogene Pflichten zum Schutz der Gesundheit,
- \* Verbot der Ausfuhr gefährlicher Abfälle.

Kein einziges dieser begrüßenswerten Ziele könnte mit dem Green Deal auch nur ansatzweise erreicht werden. Also geht es um etwas ganz anderes.

## **Das Davos-Forum und der Traum von der Weltregierung**

Man muß sich immer vergegenwärtigen, wer nebst Klaus Schwab zu Anfang dieses Jahres auf der Bühne des Davos-Forums das neue Zeitalter mit den exotischen Bezeichnungen „Great Reset“, „Green Deal“ und „Stakeholder-Kapitalismus“ verkündete: allen voran die Finanzmogule, dann die Granden der EU, Aktivisten von der UN wie Mark Carney, seine Hoheit Prinz Charles und jede Menge Vertreter von Vorständen aus Großindustrie, Versicherungen und internationalen Beratungsfirmen.

Man kann die oft unerklärlichen Entscheidungen dieser Allianz von Finanzbranche und multinationalen Konzernen nur verstehen, wenn man weiß, daß mit der Abschaffung des Bretton-Wood-Systems 1971 ein historischer Einschnitt erfolgte, der heute in seine Endphase tritt. Mit diesem Ereignis unter der Präsidentschaft Richard Nixons räumte man dem Finanzsektor den ersten Platz ein und zielte gleichzeitig auf

die Eindämmung realwirtschaftlichen Wachstums. Zu dieser Idee gehörte der malthusianische Fanatismus, daß eine Industrialisierung der Entwicklungsländer und Bevölkerungswachstum um jeden Preis zu verhindern sei, weil die weiße Elite des Westens die Rohstoffe in Afrika und anderswo als wesentlichen Bestandteil ihres Sicherheitsinteresses betrachtet.<sup>1</sup>

Mit zunehmender Deregulierung und der daraus folgenden Erstarkung der Finanzmärkte wurden schrittweise Maßnahmen ergriffen, welche ganz bewußt den Begriff „entmaterialisiertes Wachstum“ geschaffen haben, um besonders die großen Konzerne auf diesen Kurs zu bringen.

Ein Schlüsselprojekt war das Carbon Disclosure Projekt, das, wie der Name schon sagt, die Dekarbonisierung der Wirtschaft zum Ziel hatte. Der Gründer dieses Projektes, Paul Dickinson, gab im Jahr 2001 dem *Gartner Magazin* ein sehr aufschlußreiches Interview, das die ganze Strategie erklärt. Darin beschreibt er, daß man schon vor dem Jahr 2000 die Idee gehabt habe, die globalisierte Macht des Geldes in den Dienst der grünen Ideologie zu stellen. In dem Interview heißt es:

„Die größten Fonds-Manager besitzen mehr als 60% aller Firmen weltweit. Also, falls sie gemeinsam handeln, könnten sie diese instruieren, weltweit die Emissionen zu reduzieren. Das war unsere ursprüngliche Idee...“

Dickinson erklärte weiter:

„Natürlich brauchen wir Wachstum, aber wir werden dieses Wachstum entmaterialisieren... Dinge, die nicht unendlich weiterwachsen können, betreffen z.B. den Flugverkehr, die Produktion physischer Güter und Dienstleistungen mit hohem Kohlenstoff-Anteil. Mein Lieblingsbeispiel für Entmaterialisierung ist Apple-iTunes - 10 Milliarden Gewinn, und das Produkt wiegt nicht ein einziges Gramm. Unsere Wirtschaften können unendlich wachsen, was Information, Unterhaltung, Kommunikation, Wissenschaft, Kunst und Kultur betrifft...“

Stakeholder-Kapitalismus folgt prinzipiell dieser Idee, allerdings noch gesteigert durch eine gesetzliche Verankerung der radikal-malthusianischen Zielsetzung.

## Stakeholder Kapitalismus

Schon alleine der Ausdruck Stakeholder-Kapitalismus ist so gewählt, daß sich jeder nach Belieben etwas darunter vorstellen kann, daß aber der eigentliche Zweck wenig verständlich bleibt. Dieser eigentliche Zweck ist der längst antiquierte Malthusianismus, benannt nach dem von der Britischen Ostindien-Gesellschaft geförderten Pfarrer Malthus (1766-1834), der schon vor 200 Jahren der Meinung war, daß unser Planet nur eine sehr begrenzte Anzahl von Menschen tragen und ernähren und eine Weiterentwicklung der Menschheit als ganzer deswegen nicht erlaubt werden kann. Vertreter des Club of Rome hängen aber heute noch dieser längst widerlegten und zum Scheitern verurteilten Vorstellung an.

Mit dem Lieferkettengesetz soll jetzt eine wesentlich verschärfte und global organisierte Form „entmaterialisierten Wachstums“ das Bevölkerungswachstum und den Verbrauch von Rohstoffen eindämmen. Das entmaterialisierte Lieblingsprodukt des Paul Dickinson, ein elektronisches Teil, das ein paar Gramm wiegt, wenig Rohstoffe benötigt, aber viel Geld bringt, war gestern. Die neuen entmaterialisierten Lieblingsprodukte von Schwab und Co. sind CO<sub>2</sub>-Zertifikate, Green Bonds aller Schattierungen und vor allem das neue „Saubermann-Etikett“ ESG. Ausgeschrieben heißt das: „Environment, Social, Governance“. Auch ein anderes Etikett namens CSR ist lukrativ. Ausgeschrieben heißt das: Corporate Social Responsibility.

Was absurd klingt, bedeutet nichts anderes, als daß Finanzbranche und Multis unter der vorgetäuschten Flagge von Nachhaltigkeit und Menschenrechten ihre monetären Gewinne zu vervielfachen wünschen, während realwirtschaftliche Bereiche der Wirtschaft aussortiert werden, weil sie dem ideologisch definierten Transformationsprozeß an den Börsen nicht mehr genügen. Bereiche, die auf fossile Rohstoffe und Lieferungen aus Entwicklungsländern angewiesen sind, haben die schlechtesten Karten.

Es ist interessant, daß diese Scheinheiligkeit bereits in dem Schwab-Buch *COVID-19: The Great Reset* unter dem Kapitel „Stakeholder Kapitalismus und ESG“ direkt formuliert ist. Zitat (Seite 187):

„Firmen werden sich nicht notwendigerweise diesen Forderungen anschließen weil sie tatsächlich *gut* sind, sondern weil die Verluste, es nicht zu tun, durch den Zorn der Aktivisten, besonders der Investment-Aktivisten zu hoch sind.“ (Hervorhebung im Original.)

Im *Handelskammerjournal Deutschland Schweiz* war im Juni 2021 zu lesen:

„Die EU möchte den Finanzsektor dabei noch stärker als bisher als Hebel zur Transformation der Unternehmen aus der Realwirtschaft nutzen, unter anderem mithilfe der neuen Taxonomie, die auf europäischer Ebene

eine allgemein verbindliche Definition für ökologisch nachhaltige Investitionen umfaßt. Die Bedeutung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten - kurz ESG - für einen langfristigen wirtschaftlichen Erfolg wächst also spürbar.“<sup>2</sup>

## **Berichterstattungspflicht und Überwachungssysteme**

**D**en wenigsten ist bekannt, daß diese Transformation nicht nur marktwirtschaftliche Kriterien negiert, sondern ganz offen Überwachungssysteme fordert. Der von der Bundesregierung einberufene „Beirat Sustainable Finance“ hat in seinem im März veröffentlichten Bericht *Shifting the Trillions*<sup>3</sup> bereits die dringende Empfehlung für eine grundsätzliche Berichterstattungspflicht für alle Unternehmen ausgesprochen, und die Europäische Union arbeitet an der Vorlage eines Europäischen Lieferkettengesetzes.

Alle großen internationalen Beratungsfirmen wie KPMG, PricewaterhouseCoopers usw. haben längst digitale Plattformen für Überwachungssysteme im Angebot.

Bei KPMG heißt es dazu:

„Globalisierung und Digitalisierung sowie die Folgen der Pandemie verstärken die Dynamik in dem Umfeld, in dem Unternehmen heute wirken. Zu der hier entstehenden Unsicherheit kommen diverse regulatorische Maßnahmen sowie die Diskussion um die Nachhaltigkeit unter dem Schlagwort Environmental. Social und Governance (ESG) hinzu... Dies erhöht die Relevanz der Corporate Governance und speziell des Compliance-Managements. Der Kapitalmarkt und andere interessierte Individuen erwarten von den Unternehmen, daß sie Strukturen zur Sicherstellung einer nachweislich geeigneten und wirksamen Steuerung und Überwachung schaffen und diese im Zweifel auch belegen können... In den Anforderungen liegt die Chance, die Veränderung im Markt und im Wettbewerb für den Aufbau eines Vorsprungs zu nutzen. Es ist überaus attraktiv, die bestehende oder im Zweifel eine neu zu schaffende Steuerungs- und Überwachungsstruktur nicht nur effektiv, sondern auch effizient auszurichten.“

Ein Saubermann-Etikett für die gesamte Lieferkette wird zum Garant für die Maximierung finanzieller Gewinne, während die Realwirtschaft eine breite Palette mittelständischer Unternehmen verlieren wird.

Die in Berlin ansässige Firma Business Keeper preist ihre digitalen, anonym ausgerichteten Hinweisgeber auch für den Gebrauch innerhalb der Betriebe an: „Wir geben Menschen, die Kenntnisse über oder Hinweise auf rechtlich und moralisch bedenkliches Verhalten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft haben, die Möglichkeit, darüber ohne Furcht vor Repressionen zu kommunizieren. Dadurch leisten wir einen Beitrag zur Ermöglichung und Förderung integren Handelns.“

Es ist mehr als beschämend, daß die Bundesregierung wieder einmal in vorauseilendem Gehorsam eine Forderung der Finanzwirtschaft in Gesetzesform bringt, damit einem EU-Lieferkettengesetz der Weg bereitet wird. Bevor Dr. Gerd Müller seinen geplanten UN-Posten tatsächlich antritt, sollte er besser das Lehrstück aus Platons Dialog über die Gerechtigkeit<sup>4</sup> studieren, das in besseren Zeiten in Deutschland zum allgemeinen Wissen gehörte. Darin kommen die jugendlichen Teilnehmer der Diskussion zu dem Schluß: „Denn die höchste Ungerechtigkeit ist, daß man gerecht scheine, ohne es zu sein.“

### **„Das schlechteste Gesetz“**

**U**nter dieser Überschrift erschien am 12.6.2021 nach der Abstimmung im Bundestag ein Artikel in der *FAZ*, der eine ganz realistische Einschätzung zu Papier brachte: Industrie und Handel ahnen Böses. Was für die multinationalen Konzerne schon jetzt als Wettbewerbsvorteil gefeiert wird, kann für den Mittelstand aller Bereiche das Harakiri bedeuten. Die Tatsache, daß dieses Gesetz zunächst einmal nur für die Großen gilt, heißt gar nichts. Berichterstattungspflichten sollen nicht nur die „Sorgfaltspflicht“ für den eigenen Betrieb einfordern, sondern auch in den Fabriken ihrer Zulieferer aus allen Erdteilen.

Die Perfidie dieses Gesetzes besteht einfach darin, daß vom produzierenden Mittelstand verlangt wird, wofür die Bundesregierung in ihrer Außenpolitik die Verantwortung nicht mehr tragen will. Man darf ja nicht vergessen, daß die bei uns geltenden Umweltstandards und vielfältigen komplexen Vorschriften nicht nur in vielen Jahrzehnten entwickelt wurden, sondern daß auch für die Einhaltung dieser Standards große Institutionen wie Berufsgenossenschaften, TÜV, Dekra u.a. aufgebaut wurden. Die Abschaffung der Kinderarbeit war ein Meilenstein in einem Entwicklungsprozeß, der das überhaupt erst ermöglicht hat und selbst bis in die letzten Winkel Europas bis heute nicht abgeschlossen ist. Die willkürliche bürokratische Forderung nach diesen

Standards kann ganze Lieferbeziehungen unterbrechen und zur Existenzvernichtung führen, anstatt einen Entwicklungsprozeß zu befördern. Wo es um das Überleben, um Nahrung und Gesundheit und die Schaffung eines Einkommens geht, galten auch bei uns noch vor hundert Jahren andere Bedingungen.

Sowohl Aufwand als auch Kosten für die geforderte Bürokratie sind nicht nur belastend für kleinere mittelständige Unternehmen, sie können auch zur Aussicht auf Besserung in den entsprechenden Ländern nicht das Mindeste beitragen. Es ist zu befürchten, daß ganze Betriebe aus den Lieferketten der Großunternehmen gedrängt werden. Wenn ein deutscher Hersteller z.B. Elektroteile in Indien, Kunststoffherzeugnisse in Vietnam oder Textilien in Bangladesch kauft, so hat er meistens nicht den direkten Kontakt zum Produzenten, sondern nur zum Exporteur. Selbst wenn er die Anforderungen des Lieferkettengesetzes in der Landessprache an den Produzenten oder den Exporteur stellen würde, so steht dies nur auf dem Papier. Wie aber tatsächlich vor Ort produziert wird, ob die Arbeitszeiten eingehalten werden, die Stromversorgung stimmt, sauberes Wasser geliefert wird, Hygienebestimmungen eingehalten und Kinder nicht beteiligt werden - all das ist vom Besteller unmöglich zu kontrollieren. Der Mittelständler ist überfordert, gibt auf und wird vom Konzern geschluckt. Großunternehmen verlangen schon heute in Kaufverträgen die Einhaltung des Lieferkettengesetzes. Durch die oben erwähnte Überwachung durch internationale Kanzleien und Prüfungsgesellschaften muß jedes Glied der Kette damit rechnen, bei Nichteinhaltung in Haftung genommen und mit hohen Summen bestraft zu werden. In Erwartung dieser Folgen findet bereits heute eine Transformation besonders bei den Zulieferern der Autoindustrie statt, wo die Filetstücke gerne früher als später verschachert werden.

#### **Anmerkungen:**

1. Siehe Henry Kissinger, National Security Study Memorandum 200 (NSSM 200), auch bekannt als Kissinger Papier:

[https://www.nixonlibrary.gov/sites/default/files/virtuallibrary/documents/nssm/nssm\\_200.pdf](https://www.nixonlibrary.gov/sites/default/files/virtuallibrary/documents/nssm/nssm_200.pdf)

2. <https://www.handelskammerjournal.ch/de/nachhaltige-finanzinstrumente-von-der-nische-ins-rampenlicht>

3. [https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2021/02/210224\\_SFB\\_-Abschlussbericht-2021.pdf](https://sustainable-finance-beirat.de/wp-content/uploads/2021/02/210224_SFB_-Abschlussbericht-2021.pdf)

4. Gegenüberstellung des vollkommenen Ungerechten und des vollkommenen Gerechten in Platon, *Politea*, Zweites Buch, Kapitel 4.

### ***Aus Neue Solidarität 37/2021***

## **Weichen zum „entmaterialisierten Wachstum“ werden bereits gestellt**

**A**ls hätte es eines Beweises für den nebenstehenden Artikel gebraucht, schreibt das Handelsblatt am 30. August 2021 unter der Überschrift „Die Abspaltung der Stahlsparte wird für Thyssen Krupp immer schwieriger“:

„Für die Abspaltung der Stahlsparte hat sich das Management von Thyssen-Krupp einen Namen einfallen lassen, der polarisiert: ‚Freedom‘ heißt das Projekt, mit dem der Stahlhersteller mit 26.000 Mitarbeitern aus der Krupp-Welt gefegt werden soll.

In den Reihen von Thyssen-Krupp Steel sorgt die Wahl des Namens für großen Unmut. Nach über 200 Jahren im Verbund wolle der Mutterkonzern das alte Kerngeschäft einfach loswerden, klagen Führungskräfte. Die avisierte Freiheit klingt für die Manager wie ein Aussetzen in der Wildnis.

Der Konzern selbst will sich von vermeintlichem Ballast befreien. Vorstandschefin Martina Merz will aus dem Stahl raus, um den Rest von Thyssen-Krupp wirtschaftlich zu stabilisieren. Aber die Umsetzung des ‚Freedom‘-Plans wird nach Informationen des Handelsblatts immer schwieriger.“